



Januar 2024

Wahlen zur Bezirksversammlung am 9. Juni 2024



Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Vorbereitung der Bezirkswahl im Juni 2024, die für uns ganz sicher nicht annähernd so leicht wird wie die sehr erfolgreiche Wahl von 2019. Mit einer wieder erstarkten CDU und einer zwar in der BV kaum präsenten, aber dennoch erfolgreichen (obwohl oder weil gesichert rechtsextremen?) AfD wird es nicht einfach sein, das Ergebnis von 2019 (acht Mandate) zu wiederholen.

Aber das soll uns nicht hindern, alles dafür zu tun, dass die LINKE so stark wie möglich in der neuen Bezirksversammlung vertreten ist. Weiter hinten gibt es ergänzende Infos dazu, basierend auf einer Sonderausgabe des MitteNmang im Vorfeld der letzten Bezirkswahl (Seiten 4-7).

<<< *Das Bezirksamt in der Caffamacherreihe, wo die Bezirksversammlung tagt.*
Foto: MS

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Freitag, 02.02.2024

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!
Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

| | |
|-----------------------------------|-------|
| Inhalt: | |
| Kurzbericht Vorstandswahl | S. 2 |
| WK-Versammlungen/Mietenspiegel | S. 3 |
| Zur Bezirksversammlung | S. 4 |
| Zur Bezirkswahl | S. 6 |
| Debatte der BO Wilhelmsburg | S. 8 |
| Digga, biss selbst schuld ... | S. 10 |
| Kein Rassismus gegen Geflüchtete! | S. 11 |
| Wusste Israel vom Hamas-Angriff? | S. 13 |
| Yaldafest am 16.12. | S. 15 |
| Kühne-Veranstaltung der BüFrak | S. 15 |
| Termine / Kontakt | S. 16 |

Kurzbericht BMV am 17.12.23

Am 17.12.23 fand die letzte BMV unter der Leitung des alten Vorstandes statt.

Als erster Tagesordnungspunkt wurde das Wahlprogramm für die Bezirkswahl 2024 vorgestellt besprochen und diskutiert. Inhaltlich war die Versammlung mit dem Programm zufrieden. Kritisiert wurde die Länge des Programms, die Sprache, welche durch einfache Sprache ersetzt werden sollte und die Verwendung von Fremdwörtern. Der Bezirksvorstand wird deshalb aufgefordert eine Überarbeitung des Programmes hinsichtlich der letztgenannten Punkte anzugehen. Eine endgültige Freigabe des Programmes erfolgt dann durch den Bezirksvorstand. Der Bezirksverband dankt der Programmkommission (Kerstin Fremder-Sauerbeck, Alexander Benthin, Marinus Stehmeier und Wolfgang Strauß) für die bisher geleistete Arbeit.

Anschließend wurde ein neuer Vorstand gewählt. Die Wahl ergab das folgende Ergebnis:

Schatzmeister Wolfgang Strauß gewählt mit 70 % der Stimmen

Sophia Lund gewählt mit 63 % der Stimmen

Michelle Stoop mit 62 % der Stimmen

Rhia Baguley gewählt mit 59 % der Stimmen

Quentin gewählt mit 57 % der Stimmen

Laura gewählt mit 55 % der Stimmen

Konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes

Die konstituierende Sitzung fand am 18.12. statt.

Es wurden zunächst die Aufgaben innerhalb des neuen Vorstandes festgelegt.

| Aufgaben | Personen |
|---------------------|---|
| Schatzmeister | Wolfgang |
| Webseite | Wolfgang |
| Mailverteiler | Wolfgang, Sophia, Rhia |
| Social Media | Sophia, Wolfgang |
| Mitgliederbetreuung | Es wird eine Kommission hierfür eingesetzt: Sophia, Michelle, ev. Quentin, Laura und David Stoop sowie Marinus Stehmeier |
| Weitere Aufgaben: | werden am 3.1. verteilt |

Ferner wurde beschlossen am 13.1.24 einen **Neumitglieder Brunch** in der Burchardstraße durchzuführen.

Alle Neumitglieder laden wir zu einem Brunch, bei dem wir bei einem leckeren Buffet unseren Bezirk vorstellen und eine nette Gelegenheit bieten möchten für Austausch und Vernetzung. Aus unseren Stadtteilgruppen werden auch Genoss*innen mit dabei sein und ihre Stadtteilgruppen vorstellen, damit ihr euch direkt ein Bild machen könnt.

Wann: Samstag, 13.01.2024 11-13 Uhr

Wo: Landesverband Hamburg, Konferenzraum, Burchardstr. 21, 20095 Hamburg, 4. Etage

Melde dich gerne an unter bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de (das erleichtert uns die Planung)

Natürlich können Neumitglieder auch spontan vorbeikommen.

Des Weiteren wurden die Termine für die Wahlkreisversammlungen festgelegt.

Diese finden sich auf der folgenden Seite

Wahlkreisversammlungen

WK 1 St. Pauli, Neustadt, Mitte-Altstadt und Hafencity.

Donnerstag, den 1.2.2024 um 18:30 Uhr, Burchardstraße 21, 20095 Hamburg, Konferenzraum

WK 2 St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde und Rothenburgsort

Mittwoch, 17.1.2024 um 18:00 Uhr, Burchardstraße 21, 20095 Hamburg, Konferenzraum

WK 3 Hamm/WK 4 Horn,

Donnerstag 18.1.2024 um 18:00 Uhr für WK3 und 19:30 für WK4
Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg

WK 5/WK 6 Billstedt, Mümmelmansberg, Billbrook

Sonntag 28.1.2024 um 16:00 Uhr

Projekt Sonnenland, Sonnenland 13, 22115 Hamburg

WK 7 Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook

Samstag, 20.1.2024 14:00 Uhr

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

WK 8 Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk

Samstag 20.1.2024 15:30 Uhr

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

Mietenspiegel: Anstieg bei 6 Prozent – und der Senat schaut zu

Der Senat hat heute den Hamburger Mietenspiegel 2023 vorgestellt. Demnach sind die Nettokaltmieten um 5,8 Prozent von 9,29 € (2021) auf 9,83 € angestiegen (Anstieg 2021: +7,3 %). Da in der Berechnung weder die für die Mieter*innen günstigere Rechenmethode des Medianwertes angewendet wird, noch überteuerte Mieten, die gegen die Mietpreisbremse verstoßen, ausgeschlossen werden, erkennt der Hamburger Mieterverein „Mieter helfen Mieter“ (MhM) den Mietenspiegel erstmalig nach 30 Jahren nicht an.

Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: *„SPD und Grüne loben sich, weil sie bundesgesetzliche Instrumente wie Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Umwandlungsverordnung anwenden. Doch sie ziehen keine Konsequenzen daraus, dass der Mietenanstieg damit offensichtlich nicht gestoppt wird. Dass der Senat seinen Spielraum nicht genutzt hat, den Mietenanstieg jetzt zu bremsen, ist verheerend und für Hamburgs Mieter*innen ein Schlag ins Kontor. Wir brauchen eine Deckelung und Senkung der Mieten. Mietendeckel heißt das Zauberwort, damit das Wohnen in Hamburg auch bei schmalem*

*Portemonnaie bezahlbar wird. Dafür muss bis zur Bundesebene gekämpft werden. Der Vergleich mit anderen Großstädten hilft den Hamburger*innen nicht. Zurecht verweigert MhM diesem Mietenspiegel die Zustimmung!“*

Sudmann erinnert außerdem daran, dass SPD und Grüne im Bundestagswahlkampf einen Mietstopp gefordert haben, diesen in Hamburg aber noch nicht mal bei der stadteigenen SAGA umsetzen. Dramatisch sei auch die Fehlleistung des Senats beim Wohnungsneubau: *„Mehr als 70 Prozent der seit 2011 neugebauten Wohnungen sind teuer und treiben den Mietenspiegel weiter in die Höhe. Hier muss der Senat umsteuern. Der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen muss auf mindestens 50 Prozent steigen. Nachhaltig und langfristig günstiger für die Stadt ist es, wenn städtische Unternehmen diese Wohnungen bauen.“* (PM vom 13.12.23)

Unmittelbar nach der „Verkündung“ der neuen Zahlen gab es eine Kundgebung des AK Stadtentwicklung und Wohnen mit Heike und gleich daneben eine von „Hamburg enteignet“, was leider Anlass zu Irritationen gab. Leider habe ich gerade kein Foto verfügbar. -red

Wer mit dem Gedanken einer Kandidatur zur Bezirksversammlung spielt, sollte die folgenden Informationen auf jeden Fall zur Kenntnis nehmen. Aber auch die Listenaufsteller*innen, also im Prinzip alle im Bezirk wohnenden wahlberechtigten Mitglieder, sollten Bescheid wissen.

1. Was ist und wie arbeitet die Bezirksversammlung (BV)?

siehe auch:

<https://www.hamburg.de/contentblob/15851150/9052f645371599329b06430d8d806e4c/data/bezirksverwaltungsgesetz.pdf>

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung ist nicht vergleichbar mit der Bürgerschaft. Sie ist kein Parlament mit Haushaltsrecht und Gesetzgebungskompetenz. Das Bezirksverwaltungsgesetz sagt in § 3, dass „bei den Bezirksämtern Bezirksversammlungen gebildet“ werden, sie sind also der Verwaltung des jeweiligen Bezirks angegliedert. Bei Streitigkeiten zwischen BV und Verwaltung entscheidet der Senat. Gleichwohl werden die Mitglieder direkt gewählt. Im Bezirk Mitte hat die BV 51 Mitglieder, davon bilden nach dem Austritt von Jürgen Olschok zurzeit 7 die Fraktion der LINKEN.

Die BV muss von der Bezirksverwaltung in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung informiert werden und kann dazu Stellung nehmen. Sie kontrolliert das Verwaltungshandeln und kann in Angelegenheiten, für die das Bezirksamt zuständig ist, Beschlüsse fassen, die die Verwaltung binden. Ausgenommen sind Organisations- und Personalangelegenheiten. Die BV kann also nicht die Einrichtung eines neuen Fachamtes oder z.B. die Aufstockung des Personals für die Kontrolle der Zweckentfremdungsverordnung beschließen.

Sie kann Einfluss nehmen auf die Verteilung der finanziellen Rahmenezuweisungen der Fachbehörden für den Bezirk, nicht aber selbständig Mittel umschichten oder gar erhöhen.

Alle sechs Jahre (manchmal auch zwischendurch) schlägt die BV dem Senat eine Bezirksamtsleitung vor (war der Fall beim Rücktritt von Schreiber und bei den Karrieresprüngen von Grote und Droßmann). Eine spannende Sache, wie man der Presse in Bezug auf Hamburg Nord und anderswo immer mal entnehmen konnte.

Eigene Kompetenzen hat der Bezirk und damit auch die BV im Bereich der Bauleitplanung (Erstellung von Bebauungsplänen) sowie in der Anwendung des Planrechts (Baugenehmigungen, Befreiungen vom Planrecht).

Die BV tagt monatlich, macht aber im Juli und August jeweils eine Sommerpause, in der nur der Hauptausschuss (bei Bedarf) und der Bauausschuss tagen. Diese beiden Ausschüsse sind auch zwingend im Gesetz vorgesehen. Der Hauptausschuss kann in dringenden Fällen anstelle der BV entscheiden. Der Bauausschuss

tagt in jedem Monat, weil Fristen bei Bauanträgen eingehalten werden müssen. Er tagt nicht öffentlich. Das ist streitig, aber offenbar sind aus Sicht der Verwaltung Grundbesitz und Bauabsichten stärker zu schützen als andere „persönliche Daten“.

Ausschüsse

Die BV bildet weitere bis zu 15-köpfige Ausschüsse zur intensiven Bearbeitung von Fachthemen, zurzeit z.B. einen Stadtplanungsausschuss, einen Ausschuss für Klima, Umwelt, Mobilität und Stadtnatur, einen für Sozialraumentwicklung, einen für Musik, Kultur und Kreatives ... Das kann die BV jeweils zu Beginn einer Wahlperiode, aber auch zwischendurch beschließen. Für die eher lokalen Themen gibt es vier Regionalausschüsse mit jeweils angegliederten 9-köpfigen Unterausschüssen für Bauangelegenheiten: (Billstedt, Wilhelmsburg/Veddel, Hamm/Horn/Borgfelde, Finkenwerder/Neuwerk (kleiner Stadtteil, aber „heilige Kuh“!). Um die Nutzung öffentlicher Flächen und die Belange der inneren Stadt kümmert sich der „Cityausschuss“.

Eine Ausnahme bildet der Jugendhilfeausschuss, der kein „normaler“ Ausschuss der BV ist, sondern seine Grundlage im Kinder- und Jugendhilfegesetz (im SGB VIII) hat. Er ist anders zusammengesetzt (außer Politik auch Bürger*innen und Träger der Jugendhilfe) und hat weitreichendere Kompetenzen als die anderen Ausschüsse der BV.

Anders als für die BV können für die Ausschüsse (außer dem Hauptausschuss) „ständige Vertreter*innen“ benannt werden, die regelmäßig an den Ausschusssitzungen teilnehmen dürfen. Das müssen keine Mitglieder der BV sein, sondern die Fraktionen können hierfür fachlich interessierte Bürger*innen benennen (bisher für uns im Regelfall zwei). Konkret heißt das, dass wir jetzt in den 15er-Ausschüssen jeweils zwei stimmberechtigte Mitglieder und zwei ständige Vertreter*innen haben. Mit nur fünf Fraktionsmitgliedern in der vorvorigen Wahlperiode war es nur jeweils ein Mensch. Es kommt also schon hier auf ein gutes Wahlergebnis an!

Arbeitsweise

Die **Tagesordnung** für die BV wird offiziell vom Hauptausschuss erstellt, faktisch ist es immer grundsätzlich dieselbe: Fragestunde, Mitteilungen der Verwaltung zu Anträgen der BV, Benennungen und Wahlen, Beschlussbestätigungen, sonstige Vorlagen, Anträge, evtl. nichtöffentliche TOPs.

In der Fragestunde können Bürger*innen Fragen zu aktuellen Themen aus dem Bezirk an die Fraktionen stellen, nicht an die Verwaltung (der Bezirksamtsleiter ist regelmäßig anwesend, wenn er mag, sagt er auch mal etwas).

Die Mitteilungen der Verwaltung kommen entweder aus der Bezirksverwaltung selbst oder aus einer Fachbehörde. Oftmals wird mitgeteilt, dass, manchmal auch warum ein Antrag (so) nicht umgesetzt werden kann/soll. Das wird leider im Regelfall stillschweigend zur Kenntnis genommen, das muss aber nicht so sein: Jede Fraktion kann Redebedarf anmelden.

Unter Benennungen und Wahlen werden Ausschussumbesetzungen bekannt gegeben, Nachwahlen zum Jugendhilfeausschuss durchgeführt, Schöff*innen benannt u.ä.

Beschlussbestätigungen sind regelmäßig erforderlich, wenn ein Thema in einem (Fach-)Ausschuss beraten und dort ein Beschluss gefasst wurde. Das gilt insbesondere, wenn ein Beschluss auch Fachbehörden betrifft. Im Regelfall eine Formalie, da die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen ja identisch mit denen der BV sind.

Sonstige Vorlagen sind Mitteilungen der Verwaltung über wichtige Entscheidungen, über Mitteilumschichtungen, etc., zu denen die BV Beschluss fassen oder Stellung nehmen soll.

Anträge kann im Prinzip jedes Mitglied der BV stellen, meist tun das aber Fraktionen bzw. mehrere Fraktionen gemeinsam (zurzeit meist SPD/CDU/FDP). Sie werden entweder direkt in der BV beraten und beschlossen oder in einen Fachausschuss überwiesen.

2. Die Wahlen zur Bezirksversammlung

siehe auch: <https://www.hamburg.de/europa-und-bezirksversammlungswahl/>

Die Wahlen finden seit 2014 alle fünf Jahre zeitgleich mit der Wahl zum europäischen Parlament statt, also das nächste Mal am 9. Juni 2024. Man erhofft sich (angeblich) davon, dass die Attraktivität dieser Wahlen gesteigert wird. Das hat zumindest 2014 und 19 nicht wirklich funktioniert, haben sich in Mitte doch nur weniger als die Hälfte

Nichtöffentlich sind in der Regel Personalangelegenheiten.

Möglichkeiten der Opposition

Anträge sind das natürliche Mittel der politischen Gestaltung. Sie brauchen aber Mehrheiten, so dass rot-schwarz-gelbe Anträge ganz andere Chancen haben als die anderer Parteien. Oft werden sachlich gute und richtige Anträge von uns oder anderen abgelehnt, um kurze Zeit später leicht verändert als Koalitionsanträge erneut eingebracht zu werden. Insofern hat hier die Opposition durchaus Einflussmöglichkeiten. Es kann auch sinnvoll sein, im Vorfeld mit anderen Fraktionen abzuklären, ob gemeinsame Anträge möglich sind. Natürlich nie mit der AfD!

Anfragen sind manchmal Voraussetzung dafür, Anträge sinnvoll formulieren zu können. Man unterscheidet drei Arten von Anfragen:

Kleine Anfragen kann jedes Mitglied der BV in Angelegenheiten der Bezirksverwaltung stellen. Sie sind innerhalb von acht Arbeitstagen zu beantworten

Große Anfragen müssen von einer Fraktion gestellt werden und binnen eines Monats von der Verwaltung beantwortet werden. Diese Anfragen empfehlen sich, wenn z.B. statistische Daten erfragt bzw. nach komplexen Sachverhalten gefragt werden soll.

Mindestens drei Mitglieder der BV können **Anfragen gem. § 27 BezVG** an Fachbehörden stellen, die binnen sechs Wochen beantwortet werden müssen.

Die Antworten sind in der Regel öffentlich, können also als Grundlage für Anträge wie auch für die Pressearbeit verwendet werden. Und wir können die Antworten z.B. Initiativen zur Verfügung stellen, die anders nicht an die Fakten gekommen wären.

Natürlich können auch gezielt Bürger*innen die Bürgersprechstunde aufsuchen ...

Aktuelle Infos zur BV, Tagesordnung etc.:

<https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/allris.net.asp>

Wahlberechtigten beteiligt. Das sollte uns aber Ansporn sein, unsere Wähler*innen mit einem guten Programm und Anwesenheit vor Ort an die Urnen zu bringen!

Das heißt natürlich auch, dass die Kandidat*innenaufstellung erst jetzt erfolgt, wo unser neues Bezirkswahlprogramm steht und

dass die KandidatInnen auf dessen Grundlage kandidieren.

Aktiv wahlberechtigt zur Bezirksversammlung sind alle EU-Inländer, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet und ihren ersten Wohnsitz seit mindestens drei Monaten im Bezirk haben. Passiv wahlberechtigt (=wählbar) ist mensch mit 18

Jahren, wenn er/sie die anderen Voraussetzungen erfüllt.

Die 51 Mitglieder der BV setzen sich aus dreißig Wahlkreiskandidat*innen und 21 Listenkandidat*innen zusammen. Im Augenblick haben wir fünf direkt gewählte Wahlkreiskandidat*innen aus Wahlkreis (WK) 1, 2, 3, 7 und 8 sowie drei Menschen von der Bezirksliste (s.u.)

Anders als bei der Wahl zur Bürgerschaft gibt es nicht zwei, sondern acht **Wahlkreise**:

1 Hamburg-Altstadt, Hafencity, Neustadt, St. Pauli

Stadtteile: Hamburg-Altstadt, Hafencity, Neustadt und St. Pauli 5 Sitze

2 St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde, Rothenburgsort

Stadtteile: St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde und Rothenburgsort 3 Sitze

3 Hamm Stadtteil Hamm 4 Sitze

4 Horn Stadtteil Horn 4 Sitze

5 Billstedt-Nord

Vom Stadtteil Billstedt das nördliche Gebiet mit der Grenze: Die Glinder Straße von der Landesgrenze bis zur Möllner Landstraße, diese bis zum Schleemer Bach, dieser bis zur Grenze gegen den Stadtteil Billbrook. 4 Sitze

6 Billstedt-Süd

Stadtteil Billbrook sowie von Billstedt das südliche Gebiet von der Grenze gegen den Wahlkreis 5 3 Sitze

7 Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook

Stadtteile: Veddel, Kleiner Grasbrook und von Wilhelmsburg die Ortsteile 135 und 136 sowie Seeleute und Binnenschiffer 3 Sitze

8 Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk

Stadtteile: Steinwerder, Finkenwerder, Waltershof, Neuwerk sowie von Wilhelmsburg der Ortsteil 137 4 Sitze



(Musterstimmzettel von 2014, Quelle: Bezirksamt)

In Anbetracht der gegenwärtigen Stimmung in der Bevölkerung (CDU erstartet wieder, AfD könnte auch hier zweistellig werden) ist es durchaus

möglich, dass wir nur eine*n oder zwei Wahlkreiskandidat*innen durchbringen. Unser Ziel muss es allerdings sein, bezirksweit auf jeden Fall vor der AfD zu liegen!

Aufstellung der Wahlkreiskandidatinnen

Die WahlkreiskandidatInnen werden von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei mit Wohnsitz im Wahlkreis aufgestellt. Das war 2014 ein Problem, da wir in manchen Wahlkreisen nur wenige Mitglieder haben. Neuerdings dürfen die Aufstellungsversammlungen von bis zu drei benachbarten Wahlkreisen zusammengelegt werden und alle Mitglieder aus diesen Wahlkreisen sind stimmberechtigt, das erleichtert manches. Angedacht sind vom Vorstand 6 Aufstellungsversammlungen: WK 1 (BO St. Pauli), WK 2 (BO St. Georg), WK 3+4 (BO HaHoBo), WK 5+6 (BO Bil-

Istedt), WK 7 und WK 8 (BO Wilhelmsburg/Veddel).

Zur Klarstellung: Kandidieren dürfen in den Wahlkreisen alle Wahlberechtigten, also auch solche mit Wohnsitz anderswo im Bezirk.

Bezirksliste

Die Bezirksliste wird von allen Wahlberechtigten der Partei im Bezirk bei einer Mitgliederversammlung aufgestellt. Hier kann die Partei Kandidat*innen berücksichtigen, die zwar im WK kandidieren, aber z.B. in einem WK mit nur drei Sitzen keine reelle Chance auf ein Mandat haben. Oder solche, die als erfahrene BV-Mitglieder auf jeden Fall dabei sein sollten.

Stimmen, Kumulieren, Panaschieren

Damit ist der Einfluss der Partei auf die Zusammensetzung der Bezirksfraktion aber erschöpft. Das Wahlrecht gibt jeder/m Abstimmenden je 5 Stimmen im Wahlkreis und im Bezirk. Und diese

3. Was erwartet die Gewählten?

Wenn dann das Ergebnis der Wahl fest steht, werden die bisherigen Mitglieder der BV (soweit sie nicht erneut gewählt sind) den Neuen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Insbesondere die ersten Klippen kurz nach der Wahl wie Sitzordnung, Ausschussbesetzung und Ausschussvorsitze bedürfen der Vorbereitung.

Die Arbeit in der BV frisst Zeit: jeweils einmal im Monat Sitzungen der BV, der Ausschüsse, der Fraktion und der Fraktionsversammlung (mit zubenannten Bürger*innen und VertreterInnen der Partei in Beteiligungsgremien). Dazu natürlich die inhaltliche Vorbereitung/Nachbereitung von BV und Ausschüssen, das heißt Lesen und mit den anderen besprechen, was wie von der Fraktion aufgegriffen werden soll – oder auch nicht. Dabei sollte mensch sich möglichst nach Vorwissen und Neigung für bestimmte Themen/Ausschüsse entscheiden. Im Übrigen haben zumindest die im öffentlichen Dienst Beschäftigten Anspruch auf Freistellung für diese Arbeit.

Daneben sollte auch der Kontakt zur Bürgerchaftsfraktion, zur Partei- und zur Wähler*innenbasis gepflegt werden. Das heißt wenn möglich

Stimmen können beliebig auf KandidatInnen oder Parteien verteilt (panaschiert) oder auf jeweils ein*e Kandidat*in konzentriert (kumuliert) werden. Es zählt für die Partei insgesamt zwar jede abgegebene Stimme, aber die Vergabe der Sitze an Personen richtet sich nach der Zahl der erhaltenen Stimmen. So kann also die dritte Kandidatin der Partei im Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten und damit den Sitz (falls es für einen Sitz reicht). Ebenso kann jemand von z.B. Platz 8 der Bezirksliste auf Platz 2 „hochgewählt“ werden. Noch einmal komplizierter wird es dadurch, dass in diesem Fall nach Listenstimmen und nach Personenstimmen unterschieden wird.

Somit ist das personelle Ergebnis kaum vorhersehbar, wir können nur versuchen, wählbare Listen aufzustellen, um ein gutes Gesamtergebnis für die Partei zu erreichen.

Teilnahme an BMVen, Mitarbeit in Beteiligungsgremien.

Und im ganz praktischen Leben muss auch der Kontakt zur politischen Konkurrenz gelebt bzw. ausgehalten werden – immer unter Ausschluss der AfD.

Ganz schöner Aufwand, nicht wahr? Dafür erhalten die Mitglieder der BV aber auch nach dem Entschädigungsgesetz für *ehrenamtlich in der Verwaltung Tätige* der FHH eine Aufwandsentschädigung (zurzeit 569 €/ monatlich, (steuerfrei, nicht anrechenbar auf Sozialleistungen) für jede Sitzungsteilnahme 40,- € sowie einmal in der Wahlperiode eine IT-Nutzungspauschale von 1.200,- €. Außerdem gibt es eine „ProfiCard“ des HVV bzw. ein 49 €-Ticket oder Fahrtkostenerstattung. Die Partei erwartet, dass ihr ein Teil der Aufwandsentschädigung als Spende zufließt. Die Fraktion erhält darüber hinaus eine Aufwandspauschale, die sich nach ihrer Stärke richtet. Daraus können z.B. Flyer, Broschüren, Veranstaltungen und die Werbung dafür finanziert werden.

(2019 erstellt und jetzt durchgesehen: Besel)

Debatte BO Wilhelmsburg/Veddel

Am ersten Dienstag im Dezember, 5.12.23., hat sich die Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel einen Referenten zur Debatte eingeladen. Andreas hat ein mittellanges Referat vorgetragen und danach noch ein paar Fragen beantwortet. Zudem haben wir als Basisgruppe auch noch den letzten Bundesparteitag diskutiert. Ich möchte übrigens betonen, dass ich sein Referat nur wiedergebe - teils paraphasiere ich seine Thesen und teils zitiere ich Andreas. Am ersten Dienstag im Februar 2024 kommt dann übrigens David als Referent zu unserem BO-Treffen und nimmt zum einen Stellung zu Andreas' Thesen und zum anderen hält er auch noch ein Referat zum Zwischenbericht vom Cum-Ex-Untersuchungsausschuss.

Nun denn, fangen wir an.



Erste These: Im Vergleich hatte unsere Linkspartei nach einer Berechnung von Volker KÜlow für Ende 2020 mit etwa 2.300 Personen eine sehr große Schicht aus Hauptamtlichen in Partei und Fraktion. Das ist im Vergleich zu anderen Parteien ein hoher Anteil, wobei Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in parteinahen Medien etc. pp., dortige Honorarkräfte, da noch gar nicht eingerechnet sind. Wir können also von etwa 3000 bis 4000 Personen ausgehen, die wir dieser sozialen Schicht zuordnen können. In der PDS lag der Anteil der Hauptamtlichen zum Vergleich bei etwa 1.000 Personen. Diese Schichten beherrschen alle Bundesparteitage.

Wolfgang Abendroth und Johannes Agnoli haben schon in den 1960er Jahren die Ursachen von Anpassungsprozessen linker Parteien auch in der Herausbildung solcher bürokratisierter Sozialschichten gesucht. Abendroth schrieb, dass sich

auch in einer sozialistischen Partei eine „Sozialschicht“ herausbilden kann, die eigene Interessen gegenüber den Interessen der Lohnarbeiter*innen entwickelt und an „der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert ist“. Diese agiert „konservativ im Rahmen dieser Aufgabe ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können.“ Sie verliert damit unweigerlich an „politischer Intelligenz“ und entfernt sich zugleich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgibt.

Zweite These: Gleichzeitig gibt es seit Jahren einen Abbau von marxistischer Bildungsarbeit bei gleichzeitiger Ersetzung selbiger durch Workshops, in denen es dann häufig nur um die Methoden und Techniken des Flugblattverteils und der Haustürgespräche geht.

Dritte These: In den letzten Jahrzehnten sind zentrale Lebensbereiche dem Finanzkapital untergeordnet worden. Gesundheit, Wissenschaft, Bildung, etliche Reproduktionsprozesse wie Pflege und Erziehung sind profitorientiert organisiert worden. In den ersten Jahren nach der Fusion hat DIE LINKE mit einer klaren Zuspitzung gegen neoliberale Politik Wahlerfolge feiern können. Unter Lohnabhängigen und Erwerbslosen gab es viel Zuspruch. Auch in der Öffentlichkeit wurde sie wahrgenommen und sie hat gesellschaftliche Debatten prägen können. Trotz der Anziehungskraft, die DIE LINKE in diesen Jahren ausstrahlte, gab es aber keine substantiellen Rücknahmen neoliberaler Deregulierung und Privatisierung. Nicht mal Teilerfolge. Darauf und auf die mittelfristigen gesellschaftlichen Folgen dieser Politik hat DIE LINKE in den 2010er Jahren keine adäquate Antwort gefunden. Es gelang ihr auch nicht eine eigene subkulturelle und organisierte Basis (anders als früher die KPD) auszuprägen, in der etwa so etwas wie Hilfe zur Selbsthilfe in einem politischen Raum organisiert wurde. Politische Sozialberatung geht in diese Richtung. Diese hat aber eher abgenommen.

Eine weitere unterbelichtete Konsequenz von Jahrzehnten neoliberaler Politik ist die Herausbildung neuer Fraktionen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung. Zusätzlich zum klassischen Industrieproletariat, den durch Ökonomisierung der Landwirtschaft proletarisierten Beschäftigten in der Landwirtschaft und dem Dienstleistungsproletariat in klassischen Ausbildungsberufen oder

mit akademischen Laufbahnen hat sich eine neue Fraktion gut qualifizierter Akademiker herausgebildet, die die sozialen Konsequenzen neoliberaler Politik individuell zu umgehen versucht: Starke Arbeitsbelastung trifft hier auf individuelle Arbeitszeitverkürzung und Verlagerung von Arbeitszeit ins Home Office, damit die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft angenehmer gelingt. Darin bestand ja auch ein zentraler sozialer Widerspruch in der Pandemiezeit, weil objektiv einige Beschäftigungsgruppen hervorragend mit Lockdowns leben konnten, während die Pandemiepolitik anderen an die Existenz ging. Erstere streben häufig nach Beschäftigungen, in denen sich das Ausmaß an entfremdeter Arbeit in Grenzen zu halten scheint, etwa in Medienunternehmen, Nichtregierungsorganisationen oder im Umfeld der Politik, zunehmend auch in den Gewerkschaftsapparaten.



Sahra Wagenknecht hat diese Fraktion unter den Lohnabhängigen mit dem Begriff „Lifestyle-Linke“ umschrieben. International hat Nancy Fraser mit ihrer Beschreibung des progressiven Neoliberalismus zur wissenschaftlichen Debatte um diese Gruppe beigetragen.

Vierte These: Die seit 1989 entstehenden Parteien waren allesamt Übergangsphänomene ohne einen klaren strategischen Kompass.

Das was heute manchmal positiv gefeiert wird, der so genannte „Pluralismus“, also die Zusammenfassung von Personen, die einerseits im Kapitalismus ankommen wollten (Gysi und andere), und anderen, die sozialisiert über die DDR-Geschichte, eine Vorstellung von Sozialismus hatten, der über einen Gefühlssozialismus hinausgeht, die also die Produktionsverhältnisse im Fokus hatte und deren Veränderung, war in vielerlei Hinsicht, ein fauler Kompromiss.

Es entstand so eine Partei, die es aus guten Gründen so in der Geschichte niemals gab. Nicht

nur Kautsky, Bernstein und Liebknecht, sondern auch Bad Godesberg unter einem Dach ... mit Vorstellungen von Luxemburg.

Das waren letztendlich Konstruktionen, die in der Niederlage des Sozialismus entstanden, total



widersprüchlich waren. Das konnte nur eine Zeit lang halten, weil es in der Zeit der Treuhandschaft und der Übernahme der DDR dafür trotzdem eine gesellschaftspolitische Aufgabe gab, nämlich die Vertretung ostdeutscher Interessen. Damit war es aber schon Ende der 1990er wieder vorbei. Eine Verlängerung der Existenz wäre ohne WASG und den Widerstand in der Gesellschaft gegen die Agenda-Politik nicht vorstellbar gewesen. Das ist nun aber ebenfalls vorbei. Siehe oben. Alle diese Übergangsphänomene, auch im internationalen Raum, geraten nun an ihre Grenzen und lösen sich entweder nach und nach auf, oder sie wechseln ihre politischen Existenzformen.

Fazit: Das waren bzw. sind nun im Großen und Ganzen Andreas' Thesen und ich möchte meine Klarstellung von oben wiederholen: Ich habe sein Referat nur wiedergegeben. Zudem wird David am ersten Dienstag im Februar auf unserer Stadtteilgruppensitzung zu Andreas' Thesen Stellung nehmen und auch noch ein Referat zum Zwischenbericht des Cum-Ex-Untersuchungsausschusses vortragen.

In der letzten halben Stunde unserer BO-Sitzung haben wir dann kontrovers aber fair unseren letzten Bundesparteitag diskutiert. Nicht nur mir, sondern auch anderen Stadtteilgruppen-Genoss*innen ist negativ aufgefallen, dass die Parteitage-regie teilweise ziemlich schlawinerhaft agierte. Mehrmals wurden z.B. sogenannte Blockabstimmungen durchgeführt, um im Rahmen dessen auch gute Anträge zu verhindern. Alles in allem war es eine interessante BO-Sitzung und am 6.2.24 kommt David zu Besuch.

Text und Fotos von Sven-Friedrich Wiese

Digga, biss selbst schuld, dass du reich bist!

Ich stehe wieder vor einem Aldi, zehn nach acht und ein ausländisch aussehender kleiner Bengel sagt zu mir von der Seite, mit seiner kleinen Schwester an der Hand „Digger biss selbst schuld, dass du reich bist!“ Dieser Moment fühlt sich an, als ob ich erbrechen müsste. Hier sehen wir ein Beispiel, was viele Kontroversen aufzeigt, wenn man den Begriff Reichtum aus einer anderen Perspektive betrachtet. Der Einblick zeigt drei Lebenswelten (Karriere Mensch, Geschwister mit Migrationshintergrund, Obdachlose, Frau mit ihrem Hund) in verschiedenen ökonomischen Lebenslagen. Dabei wird durch eine fiktionale Geschichte die Seite vom Reichtum angeschaut, die gerne ausgeblendet wird. Diese Frage betrifft uns alle, so meine persönliche Annahme: Jeder von uns möchte einen gewissen Reichtum erreichen.

Die Geschichte beginnt. Seit einigen Monaten erlebe ich, wie meine Karriere bergauf geht, aber meine Gesundheit bergab. Der Tag beginnt damit, dass ich auf meinem Arbeitsweg im Aldi einkaufe, da ich jeden Cent für einen SUV spare. Bis dahin überlastete ich mich komplett in der Arbeit und bekomme immer tiefere Augenringe, immer mehr Blutadern sind in meinen Augen sichtbar. Da gibt es wahre Geschichten, dass Leute in dieser Company den Job verloren haben wegen „low competence“. „Das wird mir nicht passieren!“ Vorm Aldi sitzt die alte stinkende Obdachlose Frau noch immer mit zerfetzten Handschuhen und der Straßenzeitung in der Hand. Der Straßenkötter an ihrer Seite. Es ist klirrend kalt,

Weihnachten ist vorbei. So von der Seite betrachtet, mag sie gutmütig sein. Der Hund ist ruhig, ihn kümmert nichts, er hat seine Trinkschale vor sich und etwas trockenes Brot, wovon die Frau auch selbst isst. Da sagt die obdachlose Frau: „Junger wie geht es ihnen?“ „Ich weiß, ich bin obdachlos und habe einen Straßenkötter, dennoch nehme ich wahr, dass sie Tag für Tag kränklicher aussehen oder wie fühlen sie sich?“. Da erschrecke ich, es fühlt sich so an, als ob in mir etwas blindwütig hochkommt. Darauf stammele ich wütend und jämmerlich Wortfetzen, dass ich doch ein produk-

tiver Mensch in der Gesellschaft bin, dazu schlecht schlafe und ständig unter Druck stehe. Komischerweise, als ich dies ausspreche, kommt mir der Drang nach Reichtum weit entfernt vor. Da sagt die Frau ruhig: „So wie es aussieht, ist Reichtum zurzeit in ihrem Leben das Wichtigste? Ich antworte: „Ja natürlich, so wie bei jedem anderen, oder? Sie atmet leicht ein und sagt: „Stellen sie sich gerade selbst eine Frage?“ Danach kommt ein Gedanke, warum ich danach so strebe und mich ätzend, krank und ausgebrannt fühle. Zudem frage ich mich, wenn ich die Frau mit ihrem Hund und den Jungen mit seiner Schwester sehe, warum unsere Leben so krasse Unterschiede haben und scheinbar, dies nicht im Geringsten veränderbar ist, da sie komplett aus einer anderen Welt kommen und überhaupt, diese Menschen ganz anders von der Politik behandelt werden. Wenn ich so an mich denke, merke ich, dass ich diese Menschen nicht im Geringsten wahrnehme. Irgendwie fühlt sich das gerade komisch an.

Was ist Reichtum, wenn wir auf den Faktor Zeit und Gesundheit blicken? Der Wille, auf die innere Gesundheit zu achten und eine work-live Balance innezuhaben, definiert dies Reichtum nicht anders? Erleben tue ich dies und merkte selbst in meiner Vergangenheit, dass ich überhaupt keinen Bezug hatte für die Zeit und Gesundheit, was mein zukünftiges Arbeitsleben betraf. Wie viele junge Erwachsene tun oder taten dies? So meine Erfahrung in der Arbeit mit jungen Erwachsenen: Da liegt der Fokus auf viel Geld, einem Auto und allem technischen Schnickschnack. Dazu erlebe ich im Alltag, wie z.B. in einem Aldi, wie zwei Jugendliche sich unterhalten: „Digga, ist mir egal, ich mache ... irgendwie drei Jahre Ausbildung und will reich werden, ... egal welche Ausbildung, Digga, Hauptsache Para, Digga!“. Während der Worte, ‚egal welche Ausbildung‘, war eine auffällige kurze Stille. Ob das eine Bedeutung hatte?

Aleksander Gawarkiewicz

Stoppt den rassistischen Chor in der Migrations- und Flüchtlingspolitik!

Seit Monaten wird mit einer rassistischen Migrationsdebatte parteiübergreifend auf dem Rücken der Geflüchteten und Migrant*innen Rassismus geschürt. Dabei wird versucht die Migrant*innen und Geflüchtete für das Versagen der kapitalistischen Gesellschaft verantwortlich zu machen. Es wird so dargestellt, als ob mehrere Millionen Menschen vor Europas Grenzen warten würden, um in die EU zu gelangen und als ob Menschen ihre Liebsten und ihre Heimat freiwillig ohne Not oder aus wirtschaftlicher Gier verlassen würden, um in Länder in tausenden Kilometern Entfernung zu flüchten und dort einsam zu leben. Auch wird suggeriert, dass die Flüchtenden sich nach einem Leben im westlichen Ausbeutungssystem sehnen.

Fluchtgründe

Anstatt darüber zu diskutieren welchen Beitrag die geostrategisch motivierte neo-kolonialistische deutsche Außenpolitik dazu leistet, dass Millionen Menschen ihre Länder verlassen müssen, wird auf dem Rücken der Geflüchteten eine rassistische Debatte geführt. Deutschland verursacht Flucht durch Waffenexporte, die direkte oder indirekte Beteiligung an Kriegen (Ukraine, Jemen, Syrien), mit ungleichmäßigen Handelsbeziehungen mit Ländern im Globalen Süden (z.B. afrikanischen Ländern) oder durch EU-Subventionen, mit denen die Landwirtschaft in den dortigen Ländern kaputt gemacht wird. Beispiele hierfür sind die Subventionen für billige Milch-, Hähnchen- oder Fleischproduktion, durch deren Export in afrikanische Länder die dortige Produktion lahm gelegt wird oder die Plünderung der Meere durch Überfischung vor den Küsten Afrikas, durch die die dortigen Fischer ihre Lebensgrundlage verlieren. Dazu kommt die Ausbeutung der Rohstoffe wie z.B. Uran, Coltan, Diamanten, Gold, Gas, ÖL samt der Zerstörung der Umwelt und der Verhinderung des Erstarkens der dortigen Volkswirtschaften durch Knebelverträge.

Als Folge dieser Politik, verlassen Menschen wegen Krieg, Umweltkatastrophen, Armut und Perspektivlosigkeit ihre Länder. Die meisten fliehen in Länder in der gleichen Region (z.B. Westafrika oder Nordafrika, Mittlerer Osten) ein geringer Prozentsatz flieht nach Europa. Doch wer nach Europa fliehen will, muss feststellen, dass die EU die Grenzen mit allen Mitteln – auch

militärisch und mit völkerrechtswidrigen Push-backs (Abschiebungen auf dem Meer oder Land ohne Asylverfahren) abschottet. Mittlerweile sind im Mittelmeer in den letzten 20 Jahren mehr als 70 000 Menschen auf der Flucht ertrunken.

Fachkräfteanwerbung – eine Form der modernen Sklaverei

Wenn jedoch Fachkräfte gebraucht werden, werden diese nach Deutschland gelockt oder gebracht. Im Grunde handelt es sich um eine moderne Form der Sklaverei, durch die diese Fachkräfte in Unternehmen in Deutschland für Jahre ausgebeutet werden und in ihrer Heimat zum Aufbau oder Erhalt einer funktionierenden Gesellschaft fehlen. Dafür werden derzeit immer weitere gesetzliche Grundlagen geschaffen, anstatt gute Grundlagen zu entwickeln oder zu erhalten, damit das deutsche Kapital die Menschen, die hier leben, ausbildet. Nach der Ausbeutung von Rohstoffen und der Ausplünderung ganzer Regionen, werden jetzt die ausgebildeten Menschen „geklaut“ und in Europa als Humankapital benutzt.

Geflüchtete und Migrant*innen als Sündenböcke – bewusste und bössartige Spaltung der Gesellschaft



Es geht auch anders: Eine-Welt-Fest am 16.12. (MY)

Die Debatte um Flüchtlinge und Migration wird momentan benutzt, um davon abzulenken, dass das Kapital seit Jahren in einer Krise steckt. Die Finanzkrise 2008 und 2009 ist noch nicht überwunden und weitete sich 2018/2019 zu einer Weltwirtschaftskrise aus. Die Coronamaßnah-

men, der Ukrainekrieg und jetzt der Konflikt in Israel-Palästina wurden und werden auch genutzt, um von der Krise abzulenken und die Stimmung und Meinung in Richtung einer immer tiefer greifenden gesellschaftlichen Spaltung zu beeinflussen. Seit Jahren wird seitens der Politik und von Teilen der Medien bewusst eine Stimmung geschürt, in der Tatsachen verdreht dargestellt werden, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Seit einigen Jahren berichten die bürgerlichen Medien weitgehend kritiklos im Sinne der Herrschenden. Die Netzwerke und Personalüberschneidungen zwischen Medien, Lobby und Politik wurden mittlerweile unter anderem in der ZDF-Sendung „Die Anstalt“ und durch mehrere renommierte investigative Journalist*innen offengelegt.

In diesem Rahmen wird unter anderem versucht Arbeitslose gegen Geflüchtete und Deutsche gegen Migrant*innen auszuspielen, um die Krise so gut wie möglich zu verstecken oder zu managen. Diskussionen über die Situation und die Motivation von Geflüchteten werden bewusst auch mit Lügen genährt, damit die Mehrheit der Gesellschaft sie für verantwortlich für Inflation und Krise hält. Wenn gesagt wird, dass bei Zahnärzten die Deutschen länger warten müssten, weil angeblich Geflüchtete bevorzugt werden oder das Geflüchtete Sozialhilfe beziehen und dadurch Deutsche keine Sozialhilfe bekämen oder die Geflüchteten Kinder nicht gut genug Deutsch sprächen, ist das natürlich immer Unfug. In ländlichen Regionen und nicht-privilegierten Stadtteilen gibt es zu wenige Zahnärzte, weil die Bedingungen dort zu praktizieren zu schlecht sind, die Sozialhilfe ist zu niedrig weil das politisch so gewollt ist und Geflüchtete Kinder lernen sehr schnell Deutsch, wenn sie die Möglichkeit haben zur Schule oder in den Kindergarten zu gehen und dort gefördert werden.

Es ist nachgewiesen, dass Politiker der CDU (wie z.B. Friedrich Merz) regelrecht lügen, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Sie könnten auch darüber sprechen, dass wir seit Jahren einen Ärztemangel haben. Die Realität ist, dass Geflüchtete oftmals mit Ausnahme von Notfall-Medizin gar keinen Anspruch auf gesundheitliche Versorgung haben. Wer sich mit dem Asylbewerberleistungsgesetz befasst, wird feststellen, dass dieses nicht einmal die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen deckt und dass viele Geflüchtete und Migrant*innen faktisch unter der Armutsgrenze leben müssen. In der frühkindlichen Bildung und in der Kita sowie den Schulen fehlen insgesamt vernünftige Rahmenbedingungen. Der Mangel an Erzieher*innen und Lehrer*innen ist

bundesweit ein Problem, das Bildungssystem befindet sich in einem miserablen Zustand. Diese realen Probleme den Menschen oder Kindern mit Migrationshintergrund in die Schuhe zu schieben, ist ein bewusster und bösartiger Versuch die Gesellschaft zu spalten.

Neues Gesetz für noch willkürlichere Abschiebungen

Vor diesem Hintergrund verabschiedete das Kabinett im Dezember einen von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung“, auf dessen Grundlage „Menschen ohne Bleiberecht schneller unser Land verlassen“ sollen. Faeser erklärte, dass „irreguläre Migration begrenzt werden muss, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen“. Das ist natürlich ziemlicher Unfug, das Recht auf Asyl wird durch die Genfer Konventionen garantiert und durch mittlerweile zahlreiche Gesetze auf Bundesebene immer weiter ausgehebelt. Fluchtursachen sind Kriege, Kolonialismus und Naturzerstörung.

Mit dem Kabinettsentwurf wird ein „Bündel restriktiver Maßnahmen für mehr und schnellere Rückführungen“ geschnürt. Dazu gehört unter anderem die erweiterte Durchsuchung von Gemeinschaftsunterkünften sowie von Wohnungen zur Identitätsklärung, die Verlängerung der Abschiebehalt von bisher 10 auf 28 Tage und die Abholung von Ausreisepflichtigen auch bei Nacht. Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote sollen künftig als eigenständiger Grund für Abschiebehalt gewertet werden.

Auch die Abschiebung durch Polizeibehörden von ohne jegliche Kriterien als sogenannte Gefährder*innen eingestuft Personen soll erleichtert werden. Der Gesetzesentwurf sieht Abschiebungen „unabhängig von strafgerichtlichen Verurteilungen“, die auf der Grundlage von „hinreichenden Tatsachen, die eine Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung belegen“ vor. Welche Tatsachen damit gemeint sind, wird nicht genannt. Der gesamte Entwurf öffnet der Willkür bei Abschiebungen Tür und Tor und ist menschenrechtswidrig und menschenverachtend.

Hardliner wie Friedrich Merz und Jens Spahn (beide CDU) heizen die Stimmung trotzdem erneut noch weiter an und bezeichnen zum Beispiel „irreguläre Migration“ als das Problem, an dem das Gesetz nichts ändern werde. Die „Sicherung der EU-Außengrenzen“, sei wichtiger, um Flüchtenden zu zeigen, dass sie keine Chance in Europa hätten. Schon die schwerwiegenden Eingriffe in Grundrechte ohne jede Verhältnismäßigkeit im Kabinettsentwurf sind zynisch. Die Beiträ-

ge der CDU Hardliner sind dagegen noch menschenverachtender, völkerrechts- und menschenrechtswidrig und zum Teil offen rassistisch.

Für die Wirtschaftskrise, die steigende Inflation, die steigenden Lebenshaltungskosten und das Ausgeben der finanziellen Mittel, die eigentlich für das Sozialsystem und die Bildung gebraucht würden, für Kriegskosten und Aufrüstung, sollen nun, wie beschrieben, erneut die Geflüchteten als Schuldige herhalten. Wer so handelt und argumentiert, darf sich nicht wundern, wenn rechtsextreme und neofaschistische Kräfte immer stärker und Salonfähig werden.



Eine-Welt-Fest am 16. 12. (Foto: MY)

Auch mit den Plänen Menschen in Lager außerhalb Deutschlands (innerhalb der BRD wird diese Praxis seit den 80er Jahren angewandt) und außerhalb der EU-Grenzen zu stecken wird ein nächster Schritt gegangen. Das Ziel dort rechtsförmige Verfahren durchführen zu können, muss scheitern, denn die Praxis ist verfassungswidrig. In welchem Rahmen, mit welchem Personal, mit

welchen Rechtsgarantien sollten denn in diesen Lagern die Verfahren gegen Personen, deren Fluchtziel die BRD oder EU- Länder sind ohne die Verletzung von Freizügigkeitsrechten durchgeführt werden – noch dazu wenn diese Menschen mit militärischer Gewalt vom Betreten unseres Rechtsraums abgehalten werden. Auf diese Weise wird der Tendenz nach das grundlegende Verfassungsrecht auf rechtliches Gehör missachtet, denn diese Praxis bedeutet einen Entzug des gesetzlichen Richters. Die genannten Verfassungsprinzipien gehören zu den allerwichtigsten Fundamenten gegen einen Willkürstaat. Wer solche

Verfahren ernsthaft andenkt und zur Durchführung bringen will, verlässt die Grundfesten des Grundgesetzes der BRD und die wesentlichen Grundlagen der europäischen Konventionen. Sofern eine Mehrheitsmeinung dies gutheißen oder hinnehmen wird, sind die Anfänge zu einem Unrechtsregime gemacht, das in Zukunft nicht nur Flüchtlinge betreffen wird.

Statt der militärischen Abschottung der EU Grenzen und dem Aushebeln der Genfer Flüchtlingskonvention, sollten alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland einen Status und Arbeitsrecht, sowie eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhalten. Die Fluchtursachen kann man am besten

durch die Beendigung der Kolonialpolitik, die Gestaltung von Handelsbeziehungen auf Augenhöhe, ernsthaften Klimaschutz und den sofortigen Stopp aller Kriege überwinden. Davon sind sowohl die Bundesregierung als auch die CDU mit ihrer profitorientierten Politik allerdings meilenweit entfernt.

Mehmet Yildiz, zuerst im Blog

Wusste die israelische Regierung von den Angriffsplänen der Hamas?

Warum wurde nicht rechtzeitig reagiert – gewarnt evakuiert? Was sind die Hintergründe?

In einem Bericht der israelischen Zeitung Haaretz vom Dienstag den 5. Dezember wird Folgendes berichtet:

Wenige Stunden vor dem Angriff der Hamas auf die Gäste des Nova-Festivals am Morgen des 7. Oktober sind Führungspersonen israelischer Geheimdienste und des Militärs mit Nachdruck vor der Möglichkeit bevorstehender Anschläge in dem Gebiet gewarnt worden. Auch der unmittelbar für die Sicherheit des Festivals verantwortliche Oberst ignorierte die Warnungen und ließ die Organisatoren des Festivals im Dunkeln, worauf-

hin Hunderte Partygänger*innen getötet und Dutzende nach Gaza verschleppt wurden.

Die Warnungen basierten dem Bericht zufolge auf verschiedenen Militär- und Geheimdienstquellen, die ungewöhnliche Aktivitäten in der Nähe des Grenzzaunes meldeten. Unter anderen wurden der Generalstabschef der israelischen Streitkräfte, Herzi Halewi, der Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet, Ronen Bar, sowie der Kommandeur der nördlichen Brigade der Gaza-Division, Oberst Haim Cohen, der am 5. Oktober

die Genehmigung des Nova-Festivals unterzeichnet hatte und für dessen Schutz verantwortlich war, über die Warnungen in Kenntnis gesetzt und wussten auch von den Dringlichkeitstreffen in jener Nacht. Niemand von ihnen zog Konsequenzen für das Festival oder informierte auch nur dessen Sicherheitsteam. Hätten die Organisatoren „auch nur eine Stunde vor dem Angriff eine Warnung von der Armee erhalten“, hätten „alle Partygäste rechtzeitig“ evakuiert werden können, gibt Haaretz das Nova-Team wieder. Am Ende wurden 360 Gäste getötet und 40 weitere in den Gazastreifen entführt. Die ersten israelischen Soldaten trafen neun Stunden später auf dem Gelände ein.

<https://www.haaretz.com/israel-news/2023-12-05/ty-article/.premium/despote-intel-warnings-about-a-hamas-attack-the-army-didnt-evacuate-the-nova-festival/0000018c-3993-dc03-a9ec-3dfb2cda0000>
<https://www.jungewelt.de/artikel/464743.gazakrieg-warnungen-ignoriert.html>

Die Neue Züricher Zeitung zitiert Haaretz mit folgendem Bericht:

„«Wir haben alle Kibbuz-Bewohner ermordet.» So beendete ein Hamas-Führer eine Übung der Terrormiliz im Gazastreifen – vier Monate vor dem Massaker in Israel am 7. Oktober. Eine Unteroffizierin des israelischen Militärgeheimdiensts hörte dieses Gespräch des Hamas-Führers mit und gab die Information an ihre Vorgesetzten weiter, wie die Zeitung «Haaretz» berichtet. Ihre Warnungen wurden jedoch ignoriert. Wie so viele andere auch.“ (...) „Schließlich existierten neben den öffentlich zugänglichen Hinweisen und den Berichten der eigenen Soldatinnen auch noch Warnungen aus dem Ausland. Ein ägyptischer Geheimdienstmitarbeiter sagte der «Times of Israel» nur zwei Tage nach dem Angriff der Hamas, dass Kairo Israel vor einem Angriff der Islamisten gewarnt habe.

Dies bestätigte einen Monat später der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Repräsentantenhaus, Michael McCaul. Am 10. November sagte der Republikaner: «Wir wissen, dass Ägypten die Israeli drei Tage vorher warnend darauf hingewiesen hat, dass so etwas passieren könnte.» Laut McCaul geht aus amerikanischen Quellen auch hervor, dass der Angriff bis zu einem Jahr im Voraus geplant worden war. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bestritt aber, von Kairo gewarnt worden zu sein. Anderslautende Berichte seien «Fake News».“
<https://www.nzz.ch/international/hamas-hat-angriff-vom-7-oktober-monatelang-geplant-ld.1768232>

In Anbetracht dieser Berichte ist fraglich warum die Netanyahu Regierung und die Armee diese

Warnungen nicht ernstnahmen? Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Tötung von Zivilist*innen und Einheiten des Militärs billigend in Kauf genommen wurde, um eine Rechtfertigung für einen Angriff auf den Gazastreifen zu bekommen. Wenn ein derart professioneller Apparat von Geheimdiensten und Militärs, wie er in Israel besteht, die Hamas derart unterschätzt und vielfache Warnungen eigener Soldaten und anderer Geheimdienste nicht richtig auswerten konnte, wäre das schon sehr verwunderlich.

In einem weiteren Artikel der Jungen Welt heißt es:

„Das Projekt eines Ben-Gurion-Kanals kam mit den »Abraham-Abkommen« zwischen Israel auf der einen und Marokko, dem Sudan, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der anderen Seite wieder auf den Tisch. Im April 2021 erklärte die israelische Regierung, man wolle im Juni 2021 mit dessen Bau beginnen. Allerdings ist der Gazastreifen mit der dort regierenden Hamas ein ernstes Hindernis für das Projekt, denn der Kanal soll vom Golf von Akaba nahe der Grenze zwischen Israel und Jordanien am Gazastreifen vorbei – am direktesten und kostengünstigsten aber durch die palästinensische Enklave – bis zum Mittelmeer führen.

Zwei Wochen vor dem 7. Oktober hielt Israels Premier Benjamin Netanjahu vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Karte des von ihm angestrebten »Neuen Nahen Ostens« hoch. Demnach soll sich ein westlich kontrollierter Wirtschaftskorridor von Indien über die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Israel – die palästinensischen Gebiete existierten auf der Karte nicht – schließlich bis nach Europa erstrecken. Ein Projekt, das ganz im Interesse der USA wäre, die den wachsenden Einfluss der BRICS-Staaten und die Entstehung einer multipolaren Weltordnung verhindern wollen.“
<https://www.jungewelt.de/artikel/464475.gazakrieg-gegen-israels-nahostplan.html?sstr=Karte%7Cvom%7CGazastreifen>

Ich verurteile die Angriffe der Hamas auf Zivilist*innen aufs schärfste, ebenso wie die Entführungen. Genauso verurteile ich die Angriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen, der durch die anhaltende Bombardierung schrittweise dem Erdboden gleich gemacht wird. Dabei starben mittlerweile mehr als 20.000 Menschen, davon 2/3 Frauen und Kinder. Mehr als 1,5 Millionen Menschen wurden vertrieben.

Sollte sich herausstellen, dass bei diesen Angriffen auch der Bau eines Kanals ein Hauptmotiv ist, wäre das eine zynische aber „logische“ Erklärung für das Vorgehen der Regierung Netanjahu. Das

Vorgehen an sich ist völkerrechtswidrig und ein weiterer menschenverachtender Akt der Durchsetzung geostrategischer Ziele ohne Rücksicht auf Menschenleben, mit den Konsequenzen einer weitreichenden Destabilisierung der gesamten Region. Eine internationale Kommission unter Verantwortung der UNO sollte das gesamte Ge-

schehen, die Hintergründe und die o.g. Berichte untersuchen.

Ein sofortiger Waffenstillstand, wie die UN ihn fordert, ist der erste notwendige Schritt, um das Leben der Menschen in Israel und Palästina zu schützen.

Zur Verfügung gestellt von Mehmet Yildiz

Yalda – Eine Welt Fest mit 500 Besucher_innen gefeiert

Am Sonnabend, den 16.12., haben wir im Kulturpalast Billstedt das Yalda – Eine Welt Fest gefeiert.



Zu Musik von Nais, Rene Tenenjou, Team DJ und Grup Cemre wurde ausgelassen getanzt. Die Einnahmen für leckeres Essen werden solidarisch an Erdbebenopfer in der Türkei und Nordsyrien/Rojava gespendet.

Marco Gasch vom Hamburger Forum betonte in seiner Rede, dass Frieden der einzige Weg zu einem respektvollen Zusammenleben ist und alle

Menschen auf der Welt sich gleichermaßen nach einem sicheren Zuhause sehnen und ein Anrecht auf ein würdiges Leben haben.

Mehmet Yildiz erklärte, dass in Kriegen immer zuerst die Arbeiter_innen sterben, während die Rüstungsindustrie und einige Reiche profitieren würden. Deshalb seien statt Aufrüstung, Rüstungstransporten und Feindbildern Verhandlungen und die Beachtung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten der einzige Weg zum Frieden, egal ob im Ukraine Konflikt, in Israel/Palästina oder anderen Konflikten. Das Völkerrecht, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit müssten im Mittelpunkt der Politik stehen und nicht geopolitische Interessen der Regierungen imperialistischer Staaten.

Am Fest nahmen u.a. Migrant*innen aus dem Iran aus der Türkei und Kurdistan, aus Polen, Syrien, Australien, Kamerun, Kongo, Ghana, Afghanistan, Kolumbien, Venezuela und Tschechien und ebenfalls viele Kinder und jüngere Menschen teil.

Wir bedanken uns bei den Besucher*innen sowie bei allen, die bei Aufbau und Durchführung mitgewirkt haben, und dem Kulturpalast Billstedt.
Text und 3 Fotos: Mehmet Yildiz

Veranstaltung der Bürgerschaftsfraktion:

Kühne – Erbe, Oligarch, Mäzen

Der Milliardär Klaus-Michael Kühne wird als Mäzen und Kultursponsor in Hamburg gefeiert. Dabei wird im öffentlichen Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit seines Logistik-Unternehmens Kühne&Nagel geschwiegen und eine kritische Aufarbeitung seines schuldbelasteten Vermögens vermieden.

- Wo liegen die Ursprünge seines gigantischen Vermögens?
- Warum umwirbt und feiert die Freie und Hansestadt Hamburg Kühne als Mäzen, ohne die Hintergründe seines Reichtums zu problematisieren?
- Welche Auswirkungen hat Kühnes Mäzenatentum für Hamburger Kultureinrichtungen (Staatsoper, Elbphilharmonie, Philharmonisches Staatsorchester)?

- Welche Möglichkeiten gibt es, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien? Und ist das überhaupt gewünscht?

- Welcher politischer Maßnahmen bedarf es, um eine kritische Auseinandersetzung mit der NS - Geschichte seines Unternehmens in der Öffentlichkeit zu stärken?

Diese Frage diskutieren

• **Norbert Hackbusch** (hafenpolitischer Sprecher Linksfraktion Hamburg)

• **Ulrich Hentschel**, Ex-Pastor und Experte für Erinnerungskultur

• **Henning Bleyl**, Kulturwissenschaftler

Moderation: Michelle Stoop

Montag, 08.01 24, 19 Uhr, Eintritt frei

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 02.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 08.01., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 17.01., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
gleichzeitig **Wahlkreisversammlung WK 2**
Besprechungsraum, Burchardstraße 21, 4.OG

Donnerstag, 18.01., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Donnerstag, 18.01., 18:00 und 19:30 Uhr

Wahlkreisversammlung WK 3 und 4
Büro Borgfelder Straße 83

Freitag, 19.01., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
und BO Billstedt

Büro, Borgfelder Str. 83

entfällt wg WK-Versammlungen

Samstag, 20.01., 14:00 und 15:30 Uhr

Wahlkreisversammlungen WK 7 + 8
Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20

Donnerstag, 25.01., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3-, 11.OG

Freitag, 26.01., 16:30 Uhr

Fraktionsversammlung

Hybrid: Büro Borgfelder Str. 83 + Zoom

Sonntag, 28.01., 16 Uhr

Wahlkreisversammlung WK 5 + 6
Projekt Sonnenland, Sonnenland 13

Februar 2024

Donnerstag, 01.02., 18:30 Uhr

Wahlkreisversammlung WK 1,
Besprechungsraum, Burchardstraße 21, 4.OG

Dienstag, 06.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 15.02., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Voraussichtl. Freitag, 16.02., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
und BO Billstedt
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 21.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

| | | |
|--|---|---|
| Laura | | |
| Michelle Stoop | | |
| Rhia Baguley | | |
| Sophia Lund | | |
| Quentin | | |
| Wolfgang Strauß (Schatzmeister) | | wolfgang-strauss@gmx.net |
| Gesamtvorstand | | bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de |
| Facebook | https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/ | |
| Im Netz: | http://www.die-linke-hamburg-mitte.de | |
| Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang) | 040 24 57 40 | stietz-leipnitz@t-online.de |

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX